

UKBB: Es zeichnet sich eine Lösung ab

Parkplatzmangel Der Kanton prüft, ob 20 Anwohnerparkplätze in der Umgebung umgewandelt werden könnten. Auch unter dem Biozentrum soll es Parkiermöglichkeiten für Eltern mit kranken Kindern geben.

Martin Regenass

Seit Jahren schon dauern die Diskussionen um den chronischen Mangel an Parkplätzen beim Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) an. Gegen ein Parking unter der nahe gelegenen Tschudi-Matte sind Hunderte Einsprachen eingegangen. Daraufhin wurde das Projekt sistiert.

«Für Patienten beziehungsweise deren Eltern ist die gegenwärtige Parkplatzsituation belastend», sagt Marco Fischer, CEO und Vorsitzender der Geschäftsleitung des UKBB, auf Anfrage dieser Redaktion. So seien die Notfall-Parkplätze vor dem Eingang des Kinderspitals auf 15 Minuten begrenzt.

Dies könne bei Eltern bei akuten medizinischen Notfällen ihrer Kinder noch zusätzlichen Stress auslösen. Zudem sei das bestehende Parkhaus City zwar fussläufig erreichbar, jedoch kann die Distanz für Menschen mit eingeschränkter Mobilität laut Fischer eine Herausforderung darstellen.

Umsetzung der «Umwidmung» noch unklar

Doch nun ist eine Lösung gegen den Parkplatzmangel beim UKBB in Griffweite. Wie das Spital mitteilt, prüft das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) aktuell, ob die 20 Parkplätze der blauen Zone in der Pestalozzistrasse zugunsten des UKBB «umgewidmet» werden könnten. Anwohner mit Parkkarte müssten sich dann einen Parkplatz an einem anderen Ort im Quartier suchen. Eltern mit kranken Kindern könnten hier parkieren und mit ihnen über den Platz des Biozentrums zum nahen UKBB gelangen.

Wie diese «Umwidmung» passieren soll und wie lange Eltern dort im Notfall an der Pestalozzistrasse parkieren dürften,



Die 20 Parkplätze der blauen Zone vor dem Biozentrum sollen in Kurzzeit-Parkierflächen umgewandelt werden. So können Eltern mit kranken Kindern nahe dem Kinderspital parkieren. Foto: Martin Regenass

ist laut Fischer noch nicht definiert und liege in der Verantwortung des BVD.

Ebenso sollen das UKBB ansteuernde Eltern künftig Parkplätze unter dem Biozentrum der Universität Basel nutzen können. Zwar existieren dort laut Fischer bereits heute 100 Parkplätze im Untergeschoss. 33 davon sollen Eltern mit kranken Kindern aber nicht vor 2028 benutzen können. Denn neben der Einfahrt zu dem unterirdischen Parking für das

Biozentrum wird das neue Departement für Biomedizin gebaut. «Die aktuelle Zufahrt wird für die Baustelle verwendet. Eine Kreuzung mit Besucherverkehr ist nicht möglich», führt Fischer aus.

Lift und neue Zufahrt sind nötig

Vielmehr müsse neben dem im Bau befindlichen Departement für Biomedizin eine zusätzliche Ein- und Ausfahrt in das beste-

hende Parking gebaut werden. Diese sei laut Fischer ohnehin vorgesehen gewesen, und sie würde in die nordwestliche Ecke zu liegen kommen.

Über diese Zufahrt hinaus sei ein Lift vom Parking ins Kinderspital geplant, um den Eltern mit den Kindern einen direkten und schwellenfreien Zugang zu der Klinik zu ermöglichen.

Das UKBB hat mit der Universität Basel, welche das Biozentrum betreibt, zur Anmietung der

33 Parkplätze eine Absichtserklärung unterzeichnet. Diese sei nach «intensiven Bemühungen und Verhandlungen» zustande gekommen.

Mit den 33 Parkplätzen sei das «aktuell absolute Minimum für die Patientinnen und Patienten abgesichert», so das UKBB in einer Medienmitteilung. Optional könnten abhängig vom Eigenbedarf der Universität Basel noch bis zu 14 weitere Parkplätze hinzugemietet werden.

Einigung im Salzkonflikt

Möhl Ein Kompromiss mit den Anwohnern ermöglicht den Start von neuen Bohrungen.

Die Parteien sind aufeinander zugegangen. Nun können die Schweizer Salinen im Solfeld Bäumlhof bei Möhlin die sechste und letzte Etappe ihrer Salzgewinnung erschliessen. Das Unternehmen hat das Bau- und das Bohrgesuch am 24. Mai eingereicht. Die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner werden durch den Verein Bäumlhof 6 vertreten.

«Wir werden nun nicht zehn Bohrungen vornehmen, sondern sieben», sagt Urs Hofmeier, CEO der Schweizer Salinen, «das ist für uns verkraftbar.» Dadurch werde es möglich, den Abstand zum Siedlungsgebiet von 100 auf 200 Meter zu vergrössern. Zum Kompromiss sagt Hofmeier: «Wenn beide Seiten die Anliegen des anderen anerkennen und eine Lösung finden wollen, findet man auch eine Lösung.»

Verhandelt haben die Salinen mit dem Verein Bäumlhof 6. Dessen Präsident, Philipp Lütold, sagt: «Wir haben das Maximum herausgeholt.» Die Verhandlungen seien respektvoll und auf Augenhöhe verlaufen.

Drei Versammlungen wurden abgehalten. Gemäss Hofmeier zusätzlich drei grössere Besprechungen sowie viele Einzelgespräche. Lütold bemerkt, Salzbohrungen seien in Möhlin «normal», «deshalb ergibt es auch keinen Sinn, diese grundsätzlich zu boykottieren».

Die Emotionen gingen hoch

Noch im September 2023 gingen die Interessen an der grossen Versammlung im Bata-Club-Haus in Möhlin stark auseinander. Besorgte Anwohnerinnen und Anwohner meldeten sich zu Wort. Von Risiken war die Rede. Von solchen, die nicht kalkulierbar seien. Urs Hofmeier beruhigte sie damals: «Damit wir das tragen können, haben wir einerseits eine Versicherungsdeckung. Das sind mehrere Einzelversicherungen, die zusammen Schäden von 150 Millionen Franken abdecken.»

Nun haben die Schweizer Salinen und der Verein Bäumlhof 6 eine Vereinbarung unterzeichnet. Sie enthält neben den wesentlichen Eckpunkten der Solfeldplanung Übereinkünfte bezüglich der Haftung, Lärmschutzmassnahmen, Geländevermessungen, Rissprotokolle und Schallemissionen. Die Bauarbeiten für die sechste Etappe des Solfelds sollen im Sommer oder Herbst des Jahres 2025 beginnen.

Zudem wurde vereinbart, dass eine paritätische Begleitgruppe entsteht. Gemäss Urs Hofmeier würden zwei Personen des Vereins Bäumlhof 6 Einsitz nehmen, zwei aus den Reihen der Schweizer Salinen und zwei externe Fachleute.

Die Begleitgruppe soll den Abwicklungs- und den Meldeprozess für mögliche Schäden ausarbeiten. «Neu daran ist, dass wir einen schnellen und unbürokratischen Weg schaffen», sagt Hofmeier.

Der Verein Bäumlhof 6 ging aus der IG Bäumlhof 6 hervor, die sich gegen den Salzabbau im Solfeld 6 gewehrt hatte. Er vertritt nun offiziell die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner des Gebiets, in dem das Salz abgebaut wird.

Daniel Aenishänslin

Gastbeitrag

Margarethenstich: Herr Monard sollte nicht schwindeln

Alt-SVP-Landrat Weibel widerspricht dem BLT-Chef, nachdem dieser sich für die Neuauflage ausgesprochen hat.

Im Gespräch zum Thema Margarethenstich (BaZ vom 8. Juni) sagt Frédéric Monard, neuer Chef der BLT, dass er schon mit einzelnen Kritikern gesprochen habe: «Ich bin schon mit ihnen zusammengesessen – etwa mit dem Bottminger Alt-Landrat Hanspeter Weibel. Das sind gute Gespräche. Zugleich muss ich auch sagen: Wo sind denn die umsetzbaren Lösungsansätze der Gegner? Da kommt nichts.»

Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Am 6. Februar dieses Jahres hatte ich ein ausführliches Gespräch mit Herrn Monard. Ausschliesslich zum Thema «Wendeschlaufe in Bottmingen». Und da habe ich ihn durchaus auf Lösungsmöglichkeiten hingewiesen. Es ist unglaublich, wie man auch hier die Bevölkerung verschaukelt und von Mitwirkungsverfahren spricht. Der Margarethenstich war allerdings nicht das Thema.

Der damalige Volksentscheid war klar und deutlich genug. Alle Gemeinden im Baselbiet haben die Vorlage abgelehnt. Die damalige Argumentation richtete sich sowohl an die Bewohner im Leimental mit dem Argument der Tramquerungen auf der Hauptachse in Binningen als auch an die weniger Betroffenen mit dem Argument der Gesamtkosten. Wer aus welchen Motiven auch immer die Vorlage abgelehnt hat, ist reine Spekulation.

Und jetzt sprechen wir über den Respekt vor der Institution der Demokratie. Wenn man heute der Meinung ist, dass sich die Rahmenbedingungen und die Situation grundlegend geändert hätten, wenn man heute behauptet, man habe die damaligen «Simulationsrechnungen» zu wenig in den Vordergrund gerückt, dann kann man eine neue Vorlage vorlegen. Wenn dann die Stimmberechtigten

dies nicht als Zwängerei empfinden und zustimmen, dann habe ich persönlich überhaupt kein Problem.

Ich respektiere Volksentscheide, auch wenn sie mir nicht passen. Wenn dann aber der zuständige Regierungsrat Isaac Reber in seine inzwischen berühmte Kiste mit den «Buebetrickli» greift und den Volksentscheid von damals respektlos umgehen will, dann ist dies ein Angriff auf die Demokratie und darf, ja muss sogar kritisiert werden. Es ist ja nicht das erste Mal, dass sich Regierungsrat Reber mit einem «Gschmäckle» beduftet (zum Beispiel Amigo-Deal, Rheinstrasse Pratteln, Energie-Dekret), und eigentlich sollte er gelernt haben, dass gewisse Dinge nicht gut gehen und auch nicht gut ankommen.

Noch etwas zum geplanten S-Tram: Herr Monard sagt, «mit dem neuen S-Tram 17 gelangen

Sie nun innerhalb weniger Minuten von Ettingen über die Margarethenverbindung zum Bahnhof SBB». Wow. Circa zehn Kilometer in wenigen Minuten! Und dass irgendwo auf der Strecke ein vorher gestarteter 10er, der an jeder Haltestelle hält, sich nicht einfach in Luft auflöst, scheint eine spezielle Luftnummer zu sein.

Das S-Tram soll ja Personen befördern, also auch zwischen durch mal anhalten. Vielleicht sollte er einmal diese Simulation präsentieren. Bei all diesen Diskussionen steht diskret der Elefant namens «Zuwanderung» im Raum. Immer mehr Leute nutzen ÖV und Individualverkehr, behindern sich aber auch immer wieder. Kommt dazu, wenn irgendwo eine ÖV-Baustelle eröffnet wird, geht dies fast immer zulasten des Individualverkehrs (siehe derzeit die Baustelle

Spiesshöfli); nicht zu reden von Bushaltestellen, die so gestaltet sind, dass Autos nicht passieren können. ÖV findet auch auf der Strasse statt und nicht nur auf Schienen.

Ja, ich führe Gespräche immer mit dem Ziel, konstruktiv und respektvoll einer Lösung näherzukommen. Und wenn sich Herr Monard über die fehlenden Lösungsansätze der Gegner beklagt, sollte er sich vorher kundig machen. Die wurden damals durchaus ins Spiel gebracht (zum Beispiel via Heuwaage und Markthalle; mit zweimal zwei Gleisbögen gelöst.) Ich erwarte jedenfalls, dass Entscheide des Stimmbürgers respektiert werden.



Hanspeter Weibel
ehemaliger Landrat
(SVP), Bottmingen